

# Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung

## Antrag H1\_21

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **H1\_21 Chronisch unterfinanziert und jetzt noch die** 4 **Pandemie bezahlen? Der Wert von Wissenschaft** 5 **misst sich nicht in Profiten!**

6 Wer sich mit Hochschulen und der ihnen gewidmeten Politik befasst, wird früher oder später auf den  
7 Komplex ihrer Finanzierung stoßen. Egal, ob auf Hochschul-, Landes- oder Bundesebene, wer innovative  
8 und gemeinwohlorientierte Vorschläge für die Hochschulentwicklung einbringt, bekommt in der Regel  
9 zu hören, das sei ja alles gut und schön, doch dafür reiche nun wirklich das Geld nicht. Ganz grundsätz-  
10 lich laufen wir Gefahr, die notwendigen großangelegten Staatsausgaben in der Corona-Pandemie bald  
11 mit einem neoliberalen und vermeintlich antizyklischen Sparprogramm unter Berufung auf die sakra-  
12 mentale Schuldenbremse zu bezahlen. Konkret bedeutet das: weitere Einsparungen an den Mitteln der  
13 Länder und des Bundes für die Hochschulen. Gezeigt hat sich das bereits zum Beispiel in Niedersach-  
14 sen, wo die pandemiebedingten Staatsausgaben durch eine globale Minderausgabe bei den Hochschu-  
15 len in Höhe von 20 Millionen Euro ausgeglichen werden sollen. Gemeinhin lässt sich schon seit langem  
16 ein von uns als Juso-Hochschulgruppen stets kritisch begleiteter Prozess der Neoliberalisierung und  
17 zunehmender Ausrichtung auf die Privatwirtschaft der Hochschulstruktur und -finanzierung im Zuge des  
18 New Public Managements beobachten.

19 Doch wird die Krise nun genutzt, um weitere Einsparungen zu rechtfertigen, so könnte das fatale Folgen  
20 für Forschung und Lehre und damit auch die Freiheit der Wissenschaft haben – letztendlich damit sogar  
21 demokratiegefährdend wirken. Schon eine Stagnation der Mittel hat effektiv Kürzungen zur Folge, da  
22 diese die Inflation ausgleichen müssen. Fordern die Länder aber von den Hochschulen noch darüber  
23 hinaus, dass meist nur vermeintlich buchhalterisch bestehende Rücklagen eingespart werden müssten,  
24 so reichen die Hochschulen, bzw. die Entscheidungsträger\*innen in den Präsidien, diese Einsparungen  
25 regelmäßig nach unten durch. Einsparungen treffen so vor allem den sogenannten akademischen Mit-  
26 telbau, kleine Studiengänge, und natürlich die Studierenden. Also wird neben der Forschung auch an  
27 Studienberatungen, Antidiskriminierungsstellen, Bibliotheksbeständen und Exkursionen gespart. Wenn  
28 nicht gleich ganze Institute gestrichen werden sollen, wie kürzlich in Hannover geplant für das Institut  
29 für Meteorologie und Klimaforschung. Ganz unabhängig davon, welche negative Signalwirkung Einspa-  
30 rungen in diesem zukunftsschwangeren Bereich haben, sind auch die anderen Entwicklungen in Bezug  
31 auf die Qualität der Lehre und die Bedürfnisse der Studierenden äußerst besorgniserregend.

#### 32 **Kuscheln mit der Wirtschaft per Gesetz?**

33 Neben der direkten Finanzierungsfrage sorgt dafür auch der gesetzliche Rahmen, insbesondere jene  
34 Hochschulgesetznovellen, die sich die Stärkung der Autonomie der Hochschulen auf die Fahnen schrei-  
35 ben. Solange aber Hochschulen nicht wahrhaftig demokratisch organisiert sind, bedeutet das zumeist  
36 nur einen Zugewinn an Macht und Entscheidungsgewalt für Präsidien. Einerseits sind diese noch immer  
37 nicht unbedingt bekannt dafür, divers besetzt zu sein und damit die Pluralität der Hochschulen abzubil-  
38 den. Zum anderen stärkt ihr Streben nach Prestige und Erfolg den Konkurrenzkampf unter „ihren“ Hoch-  
39 schulen, was dazu führt, dass die ohnehin schon knappen Ressourcen dann in Projekte fließen, die eben

40 dieses Prestige fördern. Wie es der Zufall so will, liegen diese Projekte meist in den Wissenschaften, die  
41 auch der Privatwirtschaft besonders naheliegen – also vor allem den sogenannten „MINT-Fächern“. Und  
42 so behandeln auch die Gesetzesnovellen zur „Stärkung der Hochschulautonomie“ gefestigte und hoch-  
43 qualifizierte Wissenschaftler\*innen wie „Nachwuchskräfte“. Dabei sollte Wissenschaft mehr sein als die  
44 Produktion von für den Arbeitsmarkt gewinnbringenden Fachkräften. Stattdessen nimmt sie eine fun-  
45 damentale gesellschaftliche Verantwortung ein, insbesondere mit Blick auf die Krisen unserer Zeit, und  
46 ist somit bereits als Selbstzweck zweifelsfrei dem Gemeinwohl zuträglich. Auch wenn im bestehenden  
47 kapitalistischen System der sozialdemokratische Grundwert des „Aufstiegs durch Bildung“ seine Be-  
48 rechtigung im Zugang zur Aus- und Weiterbildung an den Hochschulen im Sinne der sozialen Gerechtig-  
49 keit hat, so kann und darf die Qualifikation, in der Lehre wie auch in wissenschaftlichen Anstellungen,  
50 nicht das einzige Ziel von Wissenschaft sein.

51 Ein weiterer mit der Ökonomisierung verbundener Aspekt, der bereits in einigen Bundesländern Einzug  
52 gehalten hat, ist die sogenannte „Genieklausel“. Diese ermöglicht es den Hochschulen „im Sinne der  
53 Wettbewerbsfähigkeit“ Ausschreibungen zu umgehen und so beispielsweise namhafte Dozent\*innen  
54 aus dem jeweiligen Fachgebiet zu gewinnen. Doch sollten hier vor allem die Interessen der Studierenden  
55 im Vordergrund stehen und Prinzipien der Gleichstellung keinesfalls vernachlässigt werden. Ebenfalls  
56 kritisch zu betrachten sind in diesem Kontext sogenannte „Erprobungsklauseln“, die den Hochschulen  
57 die Vorbereitung auf die Exzellenzstrategie erleichtern sollen. Diese ist von unserem Verband in der Ver-  
58 gangenheit bereits vielfach für ihre unsolidarischen und nicht nachhaltigen Finanzierungsmechanismen  
59 kritisiert worden. Die Erprobungsklauseln geben den Präsidien aber noch mehr Entscheidungsmacht,  
60 um über die Ausrichtung und finanzielle Ausgestaltung ihrer Hochschulen zu verfügen und hebeln somit  
61 die demokratische Mitbestimmung aus. Ebenso sehen zum Beispiel die Gesetzesnovellen in Bayern und  
62 Niedersachsen vor, die Möglichkeiten der Hochschulen, an Drittmittel zu gelangen, auszuweiten. Dass  
63 viele Hochschulen dies ob ihrer unzureichenden Finanzierungslage als verlockende Möglichkeiten se-  
64 hen, Forschung und Lehre noch enger mit der Privatwirtschaft zu verkoppeln, ist äußerst besorgniserre-  
65 gend mit Blick auf die Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Neben der offensichtlichen  
66 Verantwortung der Länder, derartige Novellierungen nicht vorzunehmen, kann die Bundesregierung dem  
67 am besten entgegensteuern, in dem sie selbst eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sicher-  
68 stellt.

### 69 **Es ist Zeit für eine moderne Hochschulfinanzierung!**

70 Ein innovatives Instrument zur demokratischen Mittelverwaltung in den Hochschulen sind die Studien-  
71 qualitätsmittel (SQM), wie in Niedersachsen im Hochschulgesetz verankert. Sie sollten den Wegfall der  
72 Studiengebühren ausgleichen und gaben Studierenden die Möglichkeit in Studienqualitätskommissio-  
73 nen Verantwortung zu übernehmen und ihre Hochschulen mitzugestalten. Statt derlei Modelle auszu-  
74 weiten, sollen in Niedersachsen die SQM in Zukunft aufgeweicht werden und für gesamtgesellschaftli-  
75 che Aufgaben wie Investitionen in die Infrastruktur verwendet werden. Von einigen wird selbst die Wie-  
76 dereinführung von Studiengebühren nicht mehr ausgeschlossen. Mögliche positive Entwicklungen wie  
77 eine Ausweitung und Erhöhung des BAföGs dürfen auf keinen Fall argumentativ dafür genutzt werden,  
78 um die davon entlasteten Student\*innen direkt wieder zur Kasse zu bitten. Viele der skizzierten Entwick-  
79 lungen finden hauptsächlich auf Landesebene statt. Doch hat der Bund einige, vor allem finanzielle Mit-  
80 tel, um die miserable finanzielle Lage an den meisten Hochschulen zu verbessern und gleichzeitig Steu-  
81 erungsakzente im Bereich zukunftsweisender Themen wie Gleichstellung und Antidiskriminierung an  
82 den Hochschulen und der Digitalisierung zu setzen. In Form von verstetigten Pakten, wie schon in der  
83 Vergangenheit von den Juso-Hochschulgruppen gefordert, kann den Hochschulen Planungssicherheit  
84 gegeben werden, gleichzeitig die Mittelvergabe aber an Bedingungen wie die Einführung des Gender  
85 Budgeting und eine feste Quote bei der Besetzung neuer Professor\*innenstellen geknüpft werden.

86 Dass die oft zitierten Potentiale der digitalen Welt den Hochschulen oft verschlossen bleiben, ist kein  
87 Geheimnis. Deshalb fordern wir weiterhin die Ausweitung digitaler Angebote und Infrastruktur als Be-  
88 dingung für die Mittelvergabe an die Hochschulen. Allerdings haben diese Potentiale stets auch Schat-  
89 tenseiten. Daher sollten wir uns außerdem mit der Rolle beschäftigen, die Hochschulen als öffentliche  
90 Institutionen in der Auseinandersetzung mit der Macht von digitalen Plattformen, dem sogenannten  
91 Überwachungskapitalismus und postkolonialen Verwicklungen von internationalen Datenströmen ha-  
92 ben.<sup>1</sup> Diese Beschäftigung muss zum einen aus wissenschaftlicher Perspektive, aber eben auch als  
93 Nutzer\*innen ebendieser erfolgen. Wer hat nicht schon die immer gleiche Diskussion geführt: Ja, wir  
94 sollten Big Blue Button nutzen – aber Zoom läuft einfach besser. Dabei sind die Macht und Dominanz  
95 der Silicon Valley Konzerne keineswegs naturgegeben. Im Gegenteil, obgleich sie sich gerne als Produkt  
96 einer libertären Utopie und des freien Marktes inszenieren, war ihr Aufstieg von massiven Subventionen  
97 begleitet. Schon 1995 gab es deshalb Forderungen, in Europa einen staatlich kontrollierten Ausbau die-  
98 ser zentralen Kommunikationssysteme zu fördern, so wie es lange auch bei Telekommunikation und  
99 davor noch bei der Post der Fall war<sup>2</sup>. Die Unkontrollierbarkeit der sozialen Medien ist bekannt, aber will  
100 kaum eine\*r auf Grund ihrer offensichtlichen Vorteile darauf verzichten – was wäre also, wenn wir uns  
101 nicht dazwischen entscheiden müssten? Wenn Open Source Technologie kein Hobby, sondern ein staat-  
102 lich gefördertes Projekt wäre, das an den Hochschulen entwickelt und diesen damit, wie auch der gan-  
103 zen Gesellschaft, direkt zur Nutzung zur Verfügung stünde. Das alles sind Ideen, mit denen wir als Juso-  
104 Hochschulgruppen uns vertieft beschäftigen und die gesellschaftliche Debatte dazu anregen sollten.

105 All dies verlangt natürlich Geld. Eine neue Regierung wird hoffentlich die Notwendigkeit von Investitio-  
106 nen im Bildungssektor und an Hochschulen anerkennen, trotzdem reicht es nicht, diese Investitionen  
107 durch vermeintliche Rückgewinne aus der Privatwirtschaft zu erklären – denn das schützt nicht vor der  
108 Anbiederung an diese. Stattdessen ist es an der Zeit, moderne Ansätze für die Fiskalpolitik zu erwägen.  
109 Einen Aufschlag diesbezüglich macht die sogenannte „Modern Monetary Theory“ (MMT)<sup>3</sup>. Als analyti-  
110 sche Linse ermöglicht sie uns eine neue Betrachtung von staatlichen Investitionen und geht davon aus,  
111 dass diesen keine Grenzen gesetzt sind, sofern sie von entsprechenden Ressourcen gedeckt werden.  
112 So kann der Staat so lange Geld schaffen und dieses investieren, ohne eine hyperinflationäre Preisstei-  
113 gerung zu verursachen, wie damit kein Nachfrageüberschuss entsteht, der zu übermäßig ansteigenden  
114 Löhnen führt. Zu hinterfragen ist dann vor allem, ob diese Investitionen dem Gemeinwohl dienlich sind.  
115 In Anbetracht der Hochschulen sollte offenkundig sein, dass es dem Gemeinwohl zuträglich wäre, wenn  
116 alle Forscher\*innen und Student\*innen, die gerne an einer Hochschule studieren und forschen wollen,  
117 dies in einem ausfinanzierten System tun können. Da die Bundesregierung allerdings auf Grund ihrer  
118 Mitgliedschaft in der Währungsunion die Geldpolitik nicht selbst bestimmen kann, aber zugleich ein sol-  
119 ches Vorhaben die Kompetenzen der EU zurzeit noch überschreitet, ist in Erwägung zu ziehen, sich auf  
120 europäischer Ebene für eine Stärkung der Währungsunion, beispielsweise durch eine\*n noch zu disku-  
121 tierende\*n europäische\*n Finanzminister\*in, einzusetzen. Dabei sind auch die in der Vergangenheit nega-  
122 tiven und unsolidarischen Auswirkungen der europäischen Finanzpolitik auf unsere europäischen Part-  
123 ner\*innen zu beachten. Als Juso-Hochschulgruppen werden wir uns daher auch mit diesem Thema tie-  
124 fergehend auseinandersetzen und gemeinsam mit studentischen Initiativen, die sich mit moderner Fis-  
125 kalpolitik beschäftigen, eine Debatte über moderne Ansätze in der Geld- und Investitionspolitik unter-  
126 stützen.

---

<sup>1</sup> Siehe z.B.: Kwet (2018) Digital Colonialism: US Empire and the New Imperialism in the Global South. In: Race & Class 60(4).

<sup>2</sup> Siehe Barbrook und Cameron (1995). The Californian Ideology. In: Mute Magazine, 1 (3).

<sup>3</sup> Einen guten thematischen Einstieg bietet zum Beispiel Maurice Höfgen: <https://mauricehoefgen.com/> oder dieser Beitrag des Projekts „Exploring Economics“, das sich für ein pluraleres Ökonomieverständnis einsetzt: <https://www.exploring-economics.org/en/discover/modern-monetary-theory-en/>